

Antrag

der Abgeordneten Annalena Baerbock, Oliver Krischer, Uwe Kekeritz, Bärbel Höhn, Sylvia Kotting-Uhl, Christian Kühn (Tübingen), Steffi Lemke, Peter Meiwald, Dr. Julia Verlinden, Harald Ebner, Matthias Gastel, Stephan Kühn (Dresden), Nicole Maisch, Friedrich Ostendorff, Markus Tressel, Jürgen Trittin, Dr. Valerie Wilms und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Internationale Förderung von Kohlekraftwerken beenden

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Folgen der menschengemachten Klimakatastrophe werden immer verheerender. Ungeachtet der internationalen Klimaschutzbemühungen stieg der globale CO₂-Ausstoß im Zeitraum 2000 bis 2010 um 20 Prozent an. Dieser Negativtrend hat sich in den vergangenen Jahren fortgesetzt und wird ohne politisches Gegensteuern weitergehen. Für diesen Fall warnt die Klimawissenschaft inzwischen vor einer Erderwärmung von bis zu 4,8 Grad Celsius bis zum Jahr 2100. Angesichts des bisherigen Versagens der internationalen Klimapolitik verkommt das politische Bekenntnis zum sogenannten 2-Grad-Ziel immer mehr zur Farce. Soll dieses Ziel tatsächlich noch erreicht werden, dann müsste laut Weltklimarat der weltweite Ausstoß von Treibhausgasen in den kommenden 40 Jahren um 40 bis 70 Prozent sinken. Dazu bedarf es eines sofortigen und konsequenten Handelns. Weltweit gehören Kohlekraftwerke zu den größten Verursachern von Treibhausgasen. Aus Kohle erzeugter Strom setzt etwa dreimal so viel klimaschädliches CO₂ frei wie beispielsweise Gaskraftwerke. Zudem sind Kohlekraftwerke besonders ineffizient. Selbst modernste Anlagen lassen über die Hälfte der eingesetzten Energie ungenutzt in die Atmosphäre verpuffen. Die schlechte Klimabilanz der Kohle macht eines überdeutlich: Die erforderliche Reduktion von Treibhausgasen zur Abmilderung der Klimakatastrophe kann nur mit einem schrittweisen Ausstieg aus der Kohleverstromung erreicht werden. Deutschland muss dazu national und international seinen Beitrag leisten.

Der Bundestag erachtet es vor diesem Hintergrund als nicht nachvollziehbar, dass Deutschland auf internationaler Ebene weiterhin den Bau von Kohlekraftwerken mit öffentlichen Mitteln fördert. Dies gilt insbesondere, da andere Länder – etwa die USA, Großbritannien, Frankreich, die Niederlande, Dänemark und Schweden sowie die Weltbank und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung – in jüngster Zeit beschlossen bzw. angekündigt haben, aus der öffentlichen Finanzierung von Kohlekraftwerken auszusteigen.

Deutschland dagegen ist weiterhin ein wichtiger Geldgeber für den weltweiten Ausbau der Kohlenutzung. Die bundeseigene KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau) hat

allein im Zeitraum 2006 bis 2013 mit über 3,3 Mrd. Euro Kohlekraftwerke und Kohleinfrastruktur finanziert. Dazu kommen Garantien über Hermesbürgschaften für die Kohleförderung und -verbrennung in Höhe von 1,3 Mrd. Euro in den Jahren 2011 bis 2013. Allein 2013 hat die KfW Neuzusagen für Kohleprojekte in Höhe von fast 750 Mio. Euro gemacht.

Dieses Engagement verschärft die Ressourcenverschwendung und schadet dem Klima. Zudem verfehlt es das Ziel, die Lebenssituation der von Armut betroffenen Menschen zu verbessern. Bereits heute trifft die Klimakatastrophe insbesondere die Ärmsten der Armen. Wer Vorreiter beim Klimaschutz und bei einer nachhaltigen Entwicklung sein will, muss sich auch in Entwicklungs- und Schwellenländern vollständig für eine saubere Energieversorgung einsetzen, anstatt sich weiter am Bau von klimaschädlichen Kohlekraftwerken zu beteiligen. Daher erwartet der Deutsche Bundestag von der Bundesregierung die schnellstmögliche Beendigung der Förderung von Kohlekraftwerken.

Allen Ankündigungen zum Trotz ist bisher keine Entscheidung für ein Ende der staatlichen Kohlekraftwerksfinanzierung gefallen. Angesichts verschiedener Äußerungen aus der Bundesregierung steht darüber hinaus zu befürchten, dass eine Regelung – sollte sie überhaupt kommen – so große Schlupflöcher enthält, dass sie faktisch wirkungslos ist. Dies gilt besonders für die KfW IPEX-Bank und staatlichen Hermesbürgschaften.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. vollständig aus der internationalen Finanzierung und Verbürgung von Kohlekraftwerken auszusteigen;
2. die internationale Zusammenarbeit im Energiesektor voll auf die Nutzung erneuerbarer Energien und die Förderung der Energieeffizienz auszurichten;
3. sich auf internationaler Ebene bei anderen Nationalstaaten und internationalen Organisationen dafür einzusetzen, dass die staatliche Finanzierung von Kohlekraftwerken beendet wird;
4. das Bekenntnis im Rahmen der G20 zum Subventionsabbau für fossile Energien ernst zu nehmen und die Subventionierung von fossilen Energien entsprechend einer breit gefassten Definition, wie sie z. B. vom Umweltbundesamt vertreten wird, bis zum Jahr 2020 zu beenden.

Berlin, den 23. September 2014

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion